



Newsletter Juli 2018

connosco e.V.
Lotharstr. 14-18
50937 Köln
Website: www.connosco.de
E-Mail: info@connosco.de



Inhalt

Editorial & Grußwort	3
Kurznachrichten <i>Von Thilo Vogt</i>	4
López Obrador gewinnt Präsidentschaftswahlen in Mexiko – Der Beginn eines sozialen Wandels? <i>Von Abeer Elyassir</i>	6
Gesetzentwurf über die Zulassung von Pestiziden ruft Polemik hervor <i>Von Robin Werbeck</i>	9
Iván Duque gewinnt die Stichwahl gegen Gustavo Petro und wird neuer Präsident in Kolumbien <i>Von Leon Mael</i>	11

Editorial & Grußwort

Liebe Lateinamerika-Freunde,

Aktuelle Informationen zu den Präsidentschaftswahlen in Mexiko finden Sie auf Seite 6. Einen tieferen Einblick in die Debatte um einen Gesetzentwurf über die Zulassung von Pestiziden in Brasilien sowie die damit verbundene Problematik erhalten Sie ab Seite 9. Der zweite Wahlgang der Präsidentschaftswahlen in Kolumbien und dessen mögliche Folgen werden ab Seite 11 genauer beleuchtet.

Wie immer wünschen wir Ihnen nun viel Spaß beim Lesen unserer Analysen.

**Herzlichst,
das Team Wirtschaft & Politik von connosco e.V.**

Kurznachrichten

Von Thilo Vogt

Ecuador: Haftbefehl gegen Ex-Präsidenten Rafael Correa erlassen

Quito. Nachdem die ecuadorianische Justiz Haftbefehl gegen den ehemaligen Präsidenten Rafael Correa (2007 – 2017) erließ und somit der Anklage der Staatsanwaltschaft nachkam, wurde der Befehl auf Ebene von Interpol erweitert. Dem derzeit in Brüssel befindlichen Correa wird die Beteiligung an einer mutmaßlichen Entführung eines ehemaligen Abgeordneten zur Last gelegt. Der Abgeordnete Fernando Baldas, der die damalige Regierung Correas der Korruption bezichtigte, wurde 2012 in Kolumbien entführt, bis er von kolumbianischen Sicherheitsbehörden befreit wurde, die im Zuge der Ermittlungen die Beteiligung von ecuadorianischen Geheimagenten aufdeckten. Bei seinem ersten Gerichtstermin war der ehemalige Präsident nicht zugegen und weigert sich, der Verhandlung beizuwohnen und bezeichnet die Anklage als „politische Verfolgung“. Bisher ist er nur in der ecuadorianischen Botschaft in Brüssel vorstellig geworden, um den richterlichen Anordnungen genüge zu tragen, was von der zuständigen Richterin Daniella Camacho abgelehnt wird.

Argentinien: Dritter Generalstreik legt öffentliches Leben lahm

Buenos Aires. Seit der Amtseinführung Mauricio Macris rief der argentinische Gewerkschaftsbund CGT bereits zum dritten Mal zu einem Generalstreik auf, der den Nah-, Fern- und Flugverkehr sowie Teile anderer Wirtschaftszweige lahmlegte. Grund für den landesweiten Streik waren die verfahrenen Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und der Regierung, die derzeit im Zuge von Strukturanpassungen den öffentlichen Sektor verschlanken will. Die bisherigen Verhandlungen führten zu keiner Einigung, da die CGT eine Lohnerhöhung forderte, die sich an der aktuellen Inflationsrate von 40% orientiert, während die Regierung maximal 5% zugestehen wolle. Darüber hinaus behaupten Regierungsmitglieder, dass es sich bei den Streiks um politisch motivierte Akte handle, die die Schwächung der Regierung zum Ziele haben. Des Weiteren entzündeten sich die Konflikte an der

angespannten wirtschaftlichen und sozialen Lage des Landes. Eine Studie der drei größten Universitäten ermittelte, dass rund die Hälfte der Bevölkerung zur Kosteneinsparung an Lebensmitteln spare und rund ein Drittel gar Hunger leide. Vor Kurzem bewilligte der Internationale Währungsfonds (IWF) einen Kredit von rund 50 Milliarden US-Dollar.

Nicaragua: Gewaltsame Proteste halten weiter an

Managua. Die seit Mitte April andauernden gewaltsamen Proteste in Teilen Nicaraguas halten, trotz eines Dialoges zwischen der Regierung von Daniel Ortega und der Opposition, weiter an und forderten bereits 212 Todesopfer auf beiden Seiten. Einem Bericht der interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) zufolge sind die Sicherheitsbehörden für die meisten Fälle von Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. Direkt, da es bei Konfrontationen zwischen Demonstrierenden und Behörden bereits zu Schusswechseln kam, und indirekt, da die Behörden, laut CIDH, nicht in der Lage seien, die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Indes ist die Regierung bereits auf Forderungen der Opposition eingegangen und hat die Einreise von Beobachtern und Experten zugelassen. Darüber hinaus reisten Kardinal Leopoldo Brenes Solórzano und Bischof Rolando Álvarez in den Vatikanstaat, um im Zuge einer Audienz bei Papst Franziskus über die Geschehnisse in Nicaragua zu berichten und über mögliche weitere Schritte zu beraten.

López Obrador gewinnt Präsidentschaftswahlen in Mexiko – Der Beginn eines sozialen Wandels?

Von Abeer Elyassir

Der linksgerichtete Kandidat Andrés Manuel López Obrador von der Partei Morena (Movimiento de Renovación Nacional) hat, wie nach durchgeführten Umfragen erwartet wurde, die Präsidentschaftswahlen in Mexiko am ersten Juli für sich gewinnen können. Mit knapp 52 Prozent der Wählerstimmen setzte er sich gegen die Gegenkandidaten Ricardo Anaya von der konservativ-klerikalen Partei der PAN (Partido Acción Nacional) und gegen den Kandidaten aus der ehemaligen PRI Partei (Partido Revolucionario Institucional) durch.

Der bislang amtierende Präsident Enrique Peña Nieto von der PRI (Partei der institutionellen Revolution) wird generell von der Bevölkerung für den aktuellen Missstand in Mexiko verantwortlich gemacht, daher stellte seine Partei mit José Antonio Meade einen parteilosen Kandidaten zur Wahl. Dass dieser die Wahlen gewinnen würde, galt jedoch von anfangs an als eher unwahrscheinlich. Die Präsidentschaftswahl in Mexiko untersagt die Wiederwahl des auf sechs Jahre gewählten Präsidenten.

Der Sieg von López Obrador, auch Amlo genannt, galt durch die erzielten hohen Ergebnisse der erhobenen Umfragen - trotz der üblichen Wahlauffälligkeiten in Mexiko - als gesichert. Anaya konnte 24,6 Prozent der Stimmen für sich gewinnen, Meade lag mit 14,8 Prozent der Wählerstimmen an dritter Stelle. Beide gratulierten Obrador noch am Wahlabend zu seinem Wahlerfolg.

Ein historischer Wahltag

Neben den Bundeswahlen, wurden am ersten Juli ebenfalls Regional- und Lokalwahlen in Mexiko abgehalten. Das Bundeswahlinstitut INE sprach von 89 Millionen registrierten Wählern und 18.311 neu zu besetzenden Ämtern.

Im bevölkerungsreichen Distrikt, Mexiko-Stadt, wurde ebenfalls die Kandidatin der Morena gewählt. Somit wird erstmals eine weibliche Politikerin die

mexikanische Hauptstadt regieren. Das Parteienbündnis von Obrador erzielte in beiden Kammern des Parlaments eine Mehrheit. Das Parteienbündnis Junto Haremos Historia („Gemeinsam schreiben wir Geschichte“) kam auf 61 bis 76 von 128 Senatssitzen. Das Bündnis aus zwei linken und einer rechten Partei kann mit bis zu 314 von 500 Sitzen rechnen. Die stärkste Kraft wäre mit bis zu 174 Sitzen López Obradors Partei Morena.

Ist ein politischer Wandel in Sicht?

López Obrador versprach in seinem Wahlkampf eine neue Ausrichtung im Kampf gegen die Drogenkriminalität sowie Neuerungen in der Sicherheitspolitik einzunehmen. Auch strebe er eine soziale Wirtschaftspolitik an und sei darum bemüht, die Korruption im Land radikal zu verfolgen.

Unmittelbar nach den gewonnenen Wahlen bestärkte er seine Wahlversprechen erneut, indem er ankündigte, der Armut im Land entgegenzutreten. Dabei wolle er jedoch keine Enteignungen vornehmen oder gar in die unternehmerische Freiheit in der Wirtschaft eingreifen. Während seines Wahlkampfes spielte die konservative Rechte Partei immer wieder darauf an, dass mit dem Sieg des linksgerichteten Kandidaten ein „zweites Venezuela“ entstehen könne. Das linksregierte Venezuela leidet bekanntlich unter einem starken sozialen und wirtschaftlichen Missstand mit hoher Korruptionsrate. Obrador distanzierte sich jedoch bereits von seiner ehemals klaren linken Programmatik, indem er dem Bündnis mit der konservativ-evangelikalen Partei der Sozialen Bewegung (Partido Encuentro Social, PES) beitrug.

Laut der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko (DMRKM) sind nun mit dem Sieg von Obrador „konkrete Fortschritte hinsichtlich der katastrophalen Menschenrechtsslage in ihrem Land“ zu erwarten. Das Land benötige eine unabhängige und reformierte Staatsanwaltschaft, welche den schweren Menschenrechtsverbrechen juristisch entgegentritt. Diese hatten sich nach dem 2006 initiierten „Krieg gegen die Drogen“ intensiviert. Es gebe laut der DMRKM mehr als 37.000 Verschwundene, Gefolterte, Entführte sowie 240.000 Tote seit 2006 denen die mexikanische Regierung dies schuldig sei, so die Koordination der DMRKM. Auch während des Wahlkampfes gab es wieder 130 ermordete Politiker, eine Welle der Gewalt „wie sie laut Vereinten Nationen noch nie da gewesen ist“

Wirtschaftliche Unterstützung aus der EU

Die Wahl von López Obrador wurde von der Linksfraktion im Deutschen Bundestag stark begrüßt, da nun erstmals seit Jahrzehnten eine Chance auf einen sozialen und demokratischen Wandel in Mexiko eröffnet worden sei. Vize-Fraktionsvorsitzende Heike Hänsel, appellierte an die EU den Prozess nun auch wirtschaftlich in der Handelspolitik voranzutreiben. Eine Neuausrichtung des Globalabkommens zwischen der Europäischen Union und Mexiko sei erforderlich. Hänsel erinnerte daran, dass die neoliberale Misswirtschaft der vergangenen Jahre ebenfalls ein Faktor sei, der zu Menschenrechtsverstößen im Land beigetragen und die Krise in Mexiko verschärft habe. Die Abgeordnete der Partei Die Linke appellierte insbesondere daran, das Land wirtschaftlich zu unterstützen. „Das heißt unter anderem, Menschenrechte vor Profitinteressen zu stellen, soziale und ökologische Rechte einklagbar zu machen, strikte Regulierungen des Finanzsektors voranzutreiben, keine Patente bei Saatgut und kein konzernunfreundlicher Investitionsschutz“, so Hänsel. Darüber hinaus forderte sie einen Stopp des Rüstungsexports von deutschen Waffen nach Mexiko, um die Kriminalität einzudämmen.

Gesetzentwurf über die Zulassung von Pestiziden ruft Polemik hervor

Von Robin Werbeck

Die Fußballweltmeisterschaft in Russland hat die brasilianische Bevölkerung in den letzten Wochen in ihren Bann gezogen. Ende Juni versuchte die BBC Brasil in einem Artikel andere wichtige und aktuelle Geschehnisse herauszuarbeiten: Der Titel "Cinco coisas importantes que aconteceram no Brasil enquanto a bola rolava na Copa" sollte die Aufmerksamkeit auf relevante politische und wirtschaftliche Vorkommnisse lenken. Platz zwei der Vorkommnisse wurde mit "Projekt zur Legalisierung von Pestiziden geht voran" überschrieben.

Gesetzentwurf ändert Verfahren zur Bewilligung von Pestizidmitteln

Das "Projeto de lei 6.299/2002" wurde am 25.06.2018 - nach acht Versuchen in den vorangegangenen Monaten - in einem speziellen Ausschuss der Abgeordnetenkammer verabschiedet und könnte nach weiteren legislativen Prozessen (u. a. Abstimmung im Senat) Gesetzeskraft erlangen. Mit dem Gesetzentwurf sollen die Regelungen über die Einführung von neuen Pestiziden in Brasilien geändert werden. Die Entscheidung über eine Bewilligung von neuen Pflanzenschutzmitteln soll im Landwirtschaftsministerium zentralisiert werden, sodass Mitbestimmungsrechte des Brasilianischen Instituts für Umwelt und Erneuerbare Natürliche Ressourcen (IBAMA) oder der Nationalen Behörde für Gesundheitsüberwachung (Anvisa) abgeschwächt werden. Gleichzeitig soll die maximale Zeit für den Prüfprozess auf zwei Jahre reduziert werden. Die Agroindustrie, Landwirte und die Chemiebranche befürworten den Entwurf, denn bisher - so der das Vorhaben leitende Abgeordnete Luiz Nishimori (PR) - dauerten Bewilligungen zwischen drei und acht Jahren und die derzeitige Liste von Produkten, die noch analysiert und über die entschieden werden muss, enthalte fast 2000 Einträge.

Eingangstor für gesundheitsgefährdende Pflanzenschutzmittel?

Oppositions- und Umweltpolitiker verschiedener Parteien haben das Vorhaben dagegen heftig kritisiert und mit dem Slogan "PL do veneno" öffentlichkeitswirksam ihren Einspruch deutlich gemacht. Sie mahnen beispielsweise an, dass Bewilligungen durch das Landwirtschaftsministerium, zumeist be-

setzt mit agrochemiefreundlichen Bürokraten, auch ohne eine abgeschlossene Analyse durch Anvisa und IBAMA vergeben werden können. Des Weiteren können neue Pestizidprodukte, über die in der festgesetzten zweijährigen Überprüfungsperiode nicht entschieden werden konnte, eine temporäre Verwendungserlaubnis erhalten. Hinzukommt, dass mit dem genannten Gesetzentwurf im Rahmen des "registro especial temporário" außerdem die Möglichkeit gegeben werden könnte, solche Pflanzenschutzmittel zu bewilligen, die bereits in drei anderen OECD-Ländern autorisiert wurden. Für Umweltaktivisten bedeutet dieses Bewilligungskriterium ein Eingangstor für gesundheitsgefährdende Pflanzenschutzmittel, da Pestizide, die beispielsweise die Türkei, Mexiko oder Chile mit ihren laxeren Regularien bereits eingeführt haben, auch in Brasilien eine Erlaubnis erhalten könnten.

Brasilien – eine Nation der Landwirtschaft und der Agrochemie

Das Thema Pestizide und intensive Landwirtschaft haben eine jahrzehntelange Geschichte im südamerikanischen Land. Fast ein Viertel des BIP werden durch den Agrarsektor erwirtschaftet, der außerdem ca. 44% aller Exporte ausmacht. Der wirtschaftliche Erfolg hat aber auch seine Schattenseiten: die brasilianische Agrarindustrie verbraucht etwa ein Fünftel der auf der Welt produzierten Kunstdünger und Pestizide mit erheblichen Auswirkungen auf Umwelt und Mensch (nicht umsonst werden Pestizide in Brasilien "agrotóxicos" genannt). Eine Studie der Associação Brasileira de Saúde Coletiva (Abrasco) aus dem Jahr 2015 zeigte, dass ca. 70% der in Brasilien angebauten landwirtschaftlichen Produkte mit Pflanzenschutzmitteln kontaminiert waren, darunter 28% mit nicht erlaubten Pestiziden.

Es bleibt offen, ob der Entwurf in seiner jetzigen Fassung Gesetzeskraft erhält. Es wäre zum Teil ein weiterer Schritt in Richtung Stärkung von Wirtschafts- und Schwächung von Umweltinteressen.

Iván Duque gewinnt die Stichwahl gegen Gustavo Petro und wird neuer Präsident in Kolumbien

Von Leon Mauel

Der rechtskonservative Iván Duque gewinnt die Stichwahl am 17. Juni gegen Gustavo Petro und wird neuer Präsident Kolumbiens. Der Präsidentschaftskandidat der rechten Partei „Centro Democrático“ erreichte 53,9% der Stimmen und setzte sich so mit einem Vorsprung von rund 10% gegen seinen linksgerichteten Kontrahenten (41,9%) durch.

Im ersten Wahlgang vom 27. Mai hatten sich Duque mit 39% und Petro mit 25%, knapp vor dem grünen Politiker Sergio Fajardo (23%), für die Stichwahl qualifiziert. Humberto de la Calle von der liberalen Partei und der rechtsextreme Germán Vargas Lleras schieden weit abgeschlagen mit jeweils unter 5% aus.

Gustavo Petro, ein Ökonom und ehemaliger Oberbürgermeister von Bogotá (2012-2015) hatte jedoch trotz der Niederlage bereits historisches geschafft: Als erster linker Kandidat überhaupt in der Geschichte Kolumbiens erreichte er eine Stichwahl um das Präsidentenamt und konnte an der Spitze der Bewegung „Colombia humana“ („menschliches Kolumbien“) auf Antrieb rund acht Millionen WählerInnen für seine Bewegung gewinnen.

Während Duque in traditionell konservativen und wirtschaftlich stärker aufgestellten Regionen, wie beispielsweise Antioquia, Santander und Caldas klare Mehrheiten holte, gewann Petro vor allem in den ärmeren Departments der Pazifikregion. Aber auch in anderen großen Provinzhauptstädten wie Barranquilla, Cartagena oder Cali, sowie in der Landeshauptstadt Bogotá. Insgesamt gaben rund 36 Millionen wahlberechtigte Kolumbianer ihre Stimme ab, was einer Wahlbeteiligung von ca. 53% entspricht.

Die Wahl Duques bedeutet für Kolumbien einen klaren Rechtsruck des aktuell noch vom eher gemäßigten Politiker der rechten Mitte, Juan Manuel Santos (2010-2018) und seiner „Partido Social de Unidad Nacional“ regierten Landes.

Wahl verstärkt die Polarisierung einer bereits tief gespaltenen Gesellschaft

Während Duque unter den Schlagworten „Legalidad, emprendimiento y equidad“ („Legalität, Unternehmensförderung und Chancengleichheit“) und inhaltlich beispielsweise mit Plänen für Wirtschaftswachstum durch Abbau der Bürokratie, Steuervergünstigungen und Korruptionsbekämpfung in den Wahlkampf zog, warb Petro mit Programmpunkten wie dem Zugang zu freier Bildung, Umweltschutz, Geschlechtergleichheit und sozialer Gerechtigkeit für einen weitreichenden politischen Wandel.

Die vergangenen Monate des Wahlkampfes hatten das ohnehin gesplattene Land politisch noch einmal zusätzlich polarisiert. Vor allem, dass es mit Petro erstmalig ein linker Kandidat in die zweite Runde schaffte, löste auf der einen Seite Euphorie und auf der anderen Seite Panik aus. PolitikerInnen der Parteien „Alianza Verde“ und „Polo Democrático“, die in der ersten Runde den knapp hinter Petro ausgeschiedenen Fajardo in einem Wahlbündnis unterstützt hatten, riefen vor der Stichwahl zur Unterstützung Petros auf. Zwar bestünden ideologische Differenzen, insgesamt sei die politische Übereinstimmung mit Petro jedoch größer als mit Duque, hieß es.

So konnte Petro nicht zuletzt dank der Unterstützung aus dem Lager Fajardos die Zahl seiner Stimmen nochmals um gut drei Millionen steigern. Fajardo selbst allerdings, der im Vorfeld eine Allianz mit Petro abgelehnt hatte, kündigte an die Leerstimme „voto blanco“ anzukreuzen und damit symbolisch gegen beide Kandidaten zu stimmen.

Letztlich schaffte es die traditionell rechte Oberschicht also doch, mehr WählerInnen für Duque zu mobilisieren und die Umfragewerte verschiedenster Institute aus den letzten Wochen zu bestätigen. Schon die Parlamentswahlen im März gewann Duques Partei „Centro Democrático“ als

stärkste Kraft, womit der zukünftige Präsident auch eine Mehrheit der Abgeordneten hinter sich weiß.

Sowohl bei den Parlaments- als auch bei der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen wurden von linker Seite und der nationalen Wahlaufsicht (MOE) Vorwürfe im Zusammenhang mit Wahlmanipulation laut. Diesbezüglich kündigten die Wahlbehörde sowie nationale und internationale Wahlbeobachter an, in den kommenden Wochen Stellung zu beziehen.

Petro jedoch erkannte das Wahlergebnis der Stichwahl an, nachdem er vor der ersten Runde noch vor möglicher Wahlmanipulation gewarnt hatte. Noch in der Nacht seiner Niederlage richtete er sich mit einer Radiobotschaft an seine UnterstützerInnen und forderte sie auf, „nicht vor der Elite, dem Geld, der Macht niederzuknien“ und „weiter zu denken als an das eigene Wohlergehen“.

Linke, Menschenrechtler und Aktivisten befürchten einen Uribismo 2.0

Der 41-jährige Anwalt Duque hingegen, der am 7. August als jüngster Präsident in der Geschichte Kolumbiens sein Amt antreten wird, repräsentiert in den Augen vieler eben jene rechten Eliten, die seit Jahrzehnten das politische Geschehen des Landes in ihrem Interesse gestalten und bestimmen.

Zudem gilt Iván Duque bei seinen Gegnern und Kritikern als Marionette des nach wie vor populären ehemaligen Präsidenten Álvaro Uribe (2002-2010), der laut Verfassung selber nicht mehr kandidieren durfte. Dieser unterstützte seinen Parteifreund dank seines großen medialen Einflusses über den gesamten Wahlkampf hinweg und trägt somit einen großen Anteil an dessen Wahlsieg. Uribe wird vorgeworfen, während seiner Amtszeit zahlreiche Menschenrechtsverletzungen begangen zu haben. Verbindungen zu paramilitärischen Organisationen und die systematische Unterdrückung der politischen Opposition gelten als sicher.

So ist die Sorge vor einer Rückkehr zum sogenannten „Uribismo“ nicht nur innerhalb der politischen Linken, sondern auch bei Menschenrechtlern und Aktivisten groß. Allerdings betonte Duque bei seiner Antrittsrede, dass er

„keinen einzigen Kolumbianer zum Feind“ habe, sprach sich gegen die Polarisierung der Gesellschaft aus und forderte: „Wir müssen alle gemeinsam zum Wohle Kolumbiens arbeiten“.

Im selben Atemzug delegitimierte er jedoch die Stimmen der Opposition als einen Versuch, das Land zu spalten und ignorierte dabei, dass ein großer Anteil derer, die in der Stichwahl für ihn gestimmt hatten, dies in erster Linie aus Ablehnung, des von rechten Politikern und Medien als „castrochavistisch“ bezeichneten Petro taten. Der so genannte „Castrochavismo“ ist ein auch von Uribe häufig verwendeter Begriff zum Schüren von Angst vor Zuständen wie in den sozialistisch regierten Ländern Kuba und Venezuela.

Auch außenpolitisch scheint Duque einen ähnlichen Kurs wie Uribe fahren zu wollen. So erklärte er nur wenige Tage nach seiner Wahl, die sozialistische Regierung Venezuelas nicht anerkennen, und sich aus dem Regionalbündnis Unasur (Union südamerikanischer Nationen) aufgrund der „Komplizenschaft mit Venezuela“ zurückziehen zu wollen.

Rechtsruck in Kolumbien - eine Gefahr für den Frieden?

Noch vor klassischen linken und rechten Themen stand aber vor allem das 2016 unterzeichnete Friedensabkommen mit den ehemaligen Rebellen der FARC, sowie die aktuellen Friedensverhandlungen mit den Guerilleros des ELN im Zentrum des Wahlkampfes.

Wie Uribe, der mit seinem Amtsantritt 2002 die damaligen Friedensverhandlungen mit den FARC abbrach und bis zum Ende seiner Präsidentschaft 2010 rein militärisch und mit Unterstützung der USA gegen linke Guerillagruppen vorging, lehnt auch Duque sowohl das Abkommen mit den FARC, als auch die aktuellen Verhandlungen mit der ELN weitgehend ab.

Während Petro, selbst ein ehemaliges Mitglied der mittlerweile befriedeten Guerillaorganisation M-19, versicherte, dass unter Santos vereinbarte Abkommen respektieren und dessen Umsetzung weiter vorantreiben zu wollen, kündigte Duque diesbezüglich weitreichende „Modifizierungen“ an. Auch wolle er die aktuellen Verhandlungen mit den Guerilleros des ELN nur

dann weiterführen, wenn diese bereit seien, auf seine Forderungen zur Entwaffnung und Einstellung aller illegalen Aktivitäten einzugehen.

Die vorgesehenen Änderungen des Abkommens beziehen sich insbesondere auf die im Friedensvertrag festgeschriebene Amnestie für ehemalige Guerilleros, die laut Duque in dieser Form nicht zu akzeptieren sei. In diesem Zusammenhang will er eine Verfassungsänderung vorschlagen, die Drogenhandel zu einem niemals amnestierbaren Delikt machen soll. Ob damit allerdings die Amnestien für ehemalige Mitglieder der FARC, die sich zum Teil aus dem Drogengeschäft finanzierten, rechtsgültig aufgehoben werden könnten, ist bisher unklar. Zudem will er die Sonderjustiz für den Frieden ändern. Demnach dürfe sich kein Guerillero in der Politik beteiligen, ohne vorher eine Haftstrafe abgesessen zu haben. Das aktuelle Abkommen sichert der neu gegründeten FARC-Partei für die nächsten zwei Legislaturperioden jeweils fünf Sitze im Senat und in der Abgeordnetenversammlung zu.

Auch plant Duque die laut Abkommen vorgesehene, bisher aber ohnehin nicht umgesetzte Landreform zu kippen. Anstatt mit einer Landumverteilung Kleinbauern zu Land zu verhelfen und kleinere Betriebe wachsen zu lassen, sollen die Großunternehmer der Agrarindustrie die „im besten Glauben“ Land erworben hätten, gestärkt werden. Die Landfrage liegt dem Ursprung des Konflikts zugrunde und wurde bei Aufnahme der Gespräche 2012 als erster zu verhandelnder Punkt an die Spitze der Agenda gesetzt.

Verschiedene NGOs, darunter Amnesty International, betrachten Duques Pläne mit Sorge. Sie fordern ihn auf, das Friedensabkommen zu respektieren und die zunehmenden Straftaten gegen Mitglieder sozialer Bewegungen zu ahnden.